

Graffiti-Attacke auf islamische Schule in Simmering: IGGÖ reagiert

Graffiti mit der Parole „Terror-Schule“ beschmiert eine islamische Privatschule in Simmering. Die IGGÖ verurteilt diesen Vorfall und fordert ein Ende der Anfeindungen gegen muslimische Einrichtungen.

Am vergangenen Wochenende wurde in Simmering ein beunruhigender Vorfall bekannt. Vor einem islamischen Schulstandort in der Florian-Hedorfer-Straße prangte ein Graffiti mit der Aufschrift „Terror-Schule“. Diese aggressive Botschaft, in blauer Farbe und mit einem Pfeil in Richtung der Privatschule, sorgt für empörte Reaktionen und wirft ein Licht auf die zunehmenden Anfeindungen gegenüber islamischen Bildungseinrichtungen in der Region.

Der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ), Ümit Vural, äußerte sich dazu klar und deutlich. Er verurteilte die Beschmierung scharf und stellte die Notwendigkeit eines sicheren Umfelds für die Schüler und Lehrkräfte in den Vordergrund: „Solche Hetze schadet dem sozialen Frieden und Miteinander“, betonte er auf der Plattform X.

Hintergründe und anhaltende Anfeindungen

Die Schule, unter dem Trägerverein „SOLMIT – Solidarisch miteinander“, bietet zwei Bildungseinrichtungen in Wien an, darunter das Islamische Realgymnasium und eine Volks- und Mittelschule in Simmering. Diese beiden Schulen sind zusammen

unter dem Namen „Privatschulen FLH“ bekannt und seit ihrer Gründung Ziel zahlreicher Anfeindungen und Drohungen. Eine Sprecherin der IGGÖ berichtete, dass die Institution unzählige Hassmails und Beleidigungen erhält und auch die Schüler regelmäßig mit verbalen Angriffen konfrontiert werden.

Die Aufregung um die Schulen in Simmering ist nicht neu. Bereits im Jahr 2015 wurde der Bau eines islamischen Kulturzentrums mit einem Kindergarten angedacht, jedoch verwandelten sich die Pläne rasch, als stattdessen ein Gymnasium in deutscher und türkischer Sprache in Betracht gezogen wurde. Dies führte zu einer Vielzahl von Diskussionen unter Anrainern und politisch engagierten Bürgern.

Die Schule begann 2018 mit dem Betrieb, allerdings ohne Öffentlichkeitsrecht, was bedeutete, dass alle Schüler zur Externistenprüfung antreten mussten. Über die Zeit hat sich die Lage jedoch stabilisiert, und endlich wurde das Öffentlichkeitsrecht auf Dauer erteilt, nachdem alle Auflagen erfüllt wurden, wie ein Sprecher des Bildungsministeriums erklärte.

Diese aktuellen Vorkommnisse sind Teil eines besorgniserregenden Trends, der in den letzten Monaten zugenommen hat. Laut dem antimuslimischen Rassismus-Report nimmt die Anzahl der gemeldeten Vorfälle, insbesondere in Wien, stetig zu. Die Dunkelziffer könnte sogar höher sein, da viele Betroffene aus Angst vor weiteren Anfeindungen oft keine Meldung erstatten.

Vor nicht allzu langer Zeit wurden vor einer Moschee in Wien Brandstiftungen gemeldet, die glücklicherweise ohne Personenschäden ausgingen. Solche Vorfälle stehen in direkter Verbindung zu den aktuellen gesellschaftlichen Spannungen und verdeutlichen, wie wichtig ein respektvoller und sog. friedlicher Umgang zwischen den Konfessionen ist.

Die dargestellten Vorfälle sind nicht nur eine aktuelle

Herausforderung für die betroffenen Schulen, sondern sie werfen auch Fragen über die gesellschaftliche Akzeptanz und das Zusammenleben in Wien auf. Die Schulgemeinschaften sowie deren Unterstützer setzen sich weiterhin für ein respektvolles Miteinander und gegen jede Form von Diskriminierung ein. Für weitere Informationen zu diesem Thema können Interessierte **hier klicken**.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)